

## Der Abbau der Volkswehr.

Die Frage der Wehrverfassung gehört zu den schwierigsten unseres Staatswesens. Am liebsten würden die meisten es sehen, wenn wir überhaupt keine Wehrverfassung brauchten. Da sich aber die Welt nicht nach unseren Wünschen und Gefühlen richtet, sondern von den harten Tatsachen des realen Lebens bestimmt wird, bleibt uns wohl nichts anderes übrig, als für absehbare Zeit mit einer Wehrmacht zu rechnen. Von den Systemen der Wehrverfassung, die im Augenblick möglich sind, hat sich die Sozialdemokratie grundsätzlich für die Miliz entschieden. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß wir in der nächsten Zeit zu einer allgemeinen Volksbewaffnung kommen werden, weil sie den Interessen der Entente widerstreitet. Es ist gar kein Zweifel, daß uns die Entente im Friedensvertrag nur eine kleine Söldnerarmee gestatten wird, wie sie Deutschland bereits vorgeschrieben wurde. Nun hätten wir in Deutschösterreich bereits jetzt eine Söldnerarmee, wenn sie auch auf einer anderen Grundlage aufgebaut ist, als sie der Entente wünschenswert erscheinen mag. Grundsätzlich könnte die Entente gegen unsere Volkswehr kaum etwas einwenden. Ihr ist aber die Volkswehr zu zahlreich und deshalb hat sie bereits im Jänner dieses Jahres gegen den Umfang der Volkswehr Einspruch erhoben.

Die Entente hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß nach dem Waffenstillstandsvertrag von Villa Giusti dem deutschösterreichischen Staate nur eine Wehrmacht von 12.000 Gewehren zulässig, und alle Einwendungen, die von unserer Regierung erhoben wurden, um der Entente klarzumachen, daß die Volkswehr keine Armee im gebräuchlichen Sinne dieses Wortes darstellt, sondern mehr eine Volkzeitung zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung, sind vergeblich geblieben. Nach dem Wunsche der Entente, dem wir uns fügen müssen, bleibt also gar nichts anderes übrig, als einen Abbau vorzunehmen. Dieser Abbau soll freilich so erfolgen, daß auf die Lage des Arbeitsmarktes gebührende Rücksicht genommen wird. Infolgedessen werden zuerst die entlassen, die leichter eine Arbeitsgelegenheit finden. Das Staatsamt für Heerwesen hat verfügt, daß sofort sämtliche Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter aus der Volkswehr ausgeschlossen werden. Der Abbau der Volkswehr, soweit gewerbliche Arbeiter in Frage kommen, erfolgt aber nur allmählich. Es muß erwartet werden, daß die Vertreter der Entente so viel Einsicht in unsere trübselige Wirtschaftslage besitzen, um nicht einen überstürzten Abbau erzwingen zu wollen, der leicht zu schweren Erschütterungen führen könnte. Tatsächlich hat die Entente gegen den schrittweisen, allmählichen Abbau der Volkswehr bis nun keine Vorstellungen erhoben, so daß man annehmen darf, daß sie mit dem Vorgang, wie er jetzt geübt wird, einverstanden ist.

Die Aufgabe des Staatsamtes für Heerwesen ist es, den schwierigen Abbau so zu vollziehen, daß weder die von der Entlassung Betroffenen allzu schwer geschädigt werden, noch daß im Verlauf des Abbaues politische Verwicklungen entstehen. Um den Entlassenen den Abgang leichter zu gestalten, wird ihnen eine Abfertigung in der Höhe der vierzehntägigen vollen Gehühren ausbezahlt. Die meisten Entlassenen haben so viel Einsicht in die schwierige Finanzlage des Staates, daß sie sich damit zufrieden geben. Freilich gibt es auch solche, die sich die Entlassung nicht gefallen lassen wollen und die allerlei Gründe gegen den Abbau der Volkswehr im allgemeinen und gegen die Entlassung ihrer Person im besonderen ins Treffen führen. Dagegen ist nun vor allem zu sagen, daß doch der Abbau der Volkswehr nicht freiwillig erfolgt, sondern auf Geheiß der Entente, und daß es eine lächerliche Vertennung der Machtverhältnisse ist, zu glauben, daß wir in der Lage wären, dem Verlangen der Entente einen ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen. Wir können nichts anderes tun, als das, was von uns gefordert wird, für die Betroffenen möglichst schonend zu gestalten — und das geschieht. Ein der Entente entgegengehaltenes schroffes Nein würde die Volkswehr überhaupt gefährden! Denn das ist doch selbstverständlich, daß es sich die mächtige Entente nicht gefallen lassen würde, wenn es das schwache Deutschösterreich wagte, den Abbau der Volkswehr überhaupt zu verweigern. Jene, die sich

jetzt so gebärden, als ob es weiß Gott wie radikal wäre, den Abbau der Volkswehr nicht vollziehen zu lassen, leisten in Wirklichkeit doch nur der Reaktion Vorstoß, der nichts erwünschter wäre, als wenn es in dieser Frage zu einem Konflikt zwischen Deutschösterreich und der Entente käme. Die bescheidenste Klugheit müßte jenen merkwürdigen Habitalen gebieten, in den allmählichen Abbau einzuwilligen.

Nebenbei gesagt ist es auch ganz falsch, wenn die Kraftverhältnisse innerhalb eines Staates so hingestellt werden, als ob es nur auf die Zahl der Bewaffneten anläme, die einer Klasse zur Verfügung stehen. Es ist gewiß für eine kämpfende Klasse nicht unwichtig, wenn ihre Gegner nicht im Besitz einer großen militärischen Macht sind. Aber von der Verfügung über die Gewehre allein hängen die Machtverhältnisse der Klassen denn doch nicht ab. Wäre dem so, dann würden wir ja völlig in der Hand irgend einer Prätorianergarde sein. Man soll uns also nicht einreden, daß durch die Entlassung einer Anzahl Volkswehrmänner, die wir ja nicht wünschen, sondern die uns aufgegeben sind, sich die Machtverhältnisse im Staate grundstürzend verschlechtern würden. Wenn es uns gelingt, die Volkswehr als solche zu behaupten und der Reaktion den billigen Vorwand zu nehmen, gegen die ganze Einrichtung Sturm zu laufen, so haben wir das erreicht, was im Augenblick erreichbar ist. Die Arbeiterschaft kann umso mehr den allmählichen Abbau eines Teiles der Volkswehr hinnehmen, als sie weiß, daß ihre Kraft trotzdem in unserem Staate groß genug bleiben wird, um die ihr gebührende Stellung als richtunggebende Klasse zu behaupten.

## Eine Versammlung gegen den Abbau.

Dienstag abend war beim Dreher auf der Sandstrasse eine vom „Revolutionären Soldatencomité“ einberufene Versammlung von Volkswehrmännern, die gegen den Abbau der Volkswehr Stellung nahm. Volkswehrmann Seidert erklärte in einer längeren Rede, daß der Abbau nur der Reaktion zugute komme und daß dadurch zudem die Zahl der Arbeitslosen vermehrt werde. Das Verlangen der Entente nach Verminderung des Volkswehrstandes sei nur ein Vorwand der einheimischen Reaktion. Einige der nächsten Redner forderten die Soldaten auf, sich dem Abbau nötigenfalls auch mit Gewalt zu widersetzen. Andere meinten, man müsse auf die Soldatenräte einwirken, daß sie in der Soldatenratsversammlung, die heute Mittwoch tagt, gegen den Abbau stimmen. Schließlich wurde eine Entschließung angenommen, in der gegen die Verminderung des Volkswehrstandes protestiert und erklärt wird, daß der Befehl zum Abbau nicht zur Kenntnis genommen werde. In einer zweiten Versammlung in einem anderen Saale wurde die gleiche Entschließung gefaßt. Einige Redner forderten die Soldaten noch auf, in drei Tagen wieder zusammenzukommen.